

In der NFÖ fühlen wir uns diesen Werten besonders verpflichtet:
Neutralität - Direkte Demokratie - Eigenstaatlichkeit.



Liebe Leserin,
lieber Leser!

Wem gehört unser Land ?

Wer in touristischen Regionen Österreichs wohnt, hat es sicher schon festgestellt: Die Nachfrage von Ausländern nach Immobilien steigt von Jahr zu Jahr, ebenso sind **Übernahmen österreichischer Unternehmen durch ausländische Konzerne** problematisch.

Mir kommen da eine Reihe von Firmen in den Sinn, die zuerst nur Anteile österreichischer Unternehmen übernommen haben und irgendwann als Mehrheits- oder Alleineigentümer starken Einfluss auf die Gesellschaft und die Politik erlangt haben.

Die bekanntesten darunter sind: TELEKOM Austria (jetzt Carlos Slim, Mexico), AUSTRIAN AIRLINES, (Lufthansa/D), BAWAG (HedgeFonds Cerberus, USA), BANK AUSTRIA (Bankenkonsortium UniCredit, Italien), RED BULL (mehrheitlich im Besitz d. thailändischen Fam. Yoovidhya), STEYR DAIMLER PUCH (Magna International, Kanada), ELEKTRA BREGENZ (Arcelik Konzern, Türkei) Raststätten ROSENBERGER (zwei chinesische Investoren). **Kommt das nicht schon einem Ausverkauf Österreichs gleich?**

Die grundsätzliche Frage ist, inwieweit diese „Investoren“ mit unserem Land und seinen Bewohnern solidarisch sind oder ob sie nicht andere Loyalitäten „verinnerlicht“ haben.

Wollen wir, **dass Österreich allen Österreichern gehört**, oder soll es ein Tummelplatz ausländischer Investoren sein, die zwar unter Umständen Geld mitbringen, wo wir aber nichts mehr zu sagen haben.

Man erlebt es ja immer wieder, dass auch Gebietskörperschaften eines kurzfristigen finanziellen Vorteils wegen die Verfügungsgewalt über ihre Ressourcen abgeben.

Deshalb müssen wir uns grundsätzlich überlegen, wieviel Raum und Einflussmöglichkeiten wir ausländischen Investoren in unserem Land gewähren wollen – soweit das Österreich als EU-Mitglied noch möglich ist.

Davon berührt ist auch **das Ausmaß der Selbstversorgung**. Der zur Verfügung stehende, landwirtschaftlich nutzbare Grund reicht irgendwann nicht mehr, um auch nur annähernd alle Österreicher mit Lebensmitteln zu versorgen und wir werden von Importen abhängig. In Krisenzeiten kann das dramatische Folgen haben. Auch das oft vorgebrachte Argument, dass ausländische Unternehmer ja Arbeitsplätze bei uns schaffen, ist kritisch zu sehen. Das Interesse vor allem internationaler Konzerne an einem bestimmten Standort orientiert sich fast ausschließlich an der Rendite, sodass ihre Entscheidung, den Betrieb bei Unterschreiten der Gewinnerwartung zuzusperren, oft über Nacht und ohne Rücksicht auf Arbeitsplätze und regionale



Landhaus in Innsbruck – festlich beflaggt am Nationalfeiertag 2014

Wirtschaftsstrukturen erfolgt. Das Bild der „Heuschrecken“ für solche globalen „Player“ (Unternehmer/Spekulanten) ist nicht so weit hergeholt.

Ähnliche Gedanken dürften auch die Volksvertreter und den Präsidenten Uruguays dazu bewogen haben, zu ungewöhnlichen Mitteln zu greifen.

Inhalt:

- Wem gehört unser Land? S. 1-2
- EU-Gesetzgebungsmodalitäten .. S. 2
- Steuerskandal in Luxemburg S. 2
- Tag der DD – Aktivitäten S. 3
- Asyldebatte S. 3
- Goldregen für GB S. 3
- Priorität Familie S. 4
- Lesens, –sehens, –hörens wert .. S. 4
- Wussten Sie? S. 5
- Lesermeinungen S. 6
- Positives, Erfreuliches S. 7-8
- Veranstaltungen, Impressum S. 8

**Große Siege werden durch Mut errungen,
größere durch Liebe, die größten durch Geduld.**

Peter Rosegger, Schriftsteller; gest. 1918

Sie haben den Grundkauf durch ausländische Unternehmen ganz einfach gesetzlich verboten. (siehe „Uruguay und sein Präsident“, Seite 7)

Noch eine wichtige Information „in eigener Sache“ möchte ich nicht unerwähnt lassen. **Unsere Wahlanfechtung beim Verfassungsgerichtshof** wurde zurückgewiesen. Ganz überraschend ist dieses Urteil für uns freilich nicht, wir wissen um die Nähe der Höchstrichter

zu den Regierungsparteien. Die Begründung sowie unsere Meinung dazu kann auf den Webseiten www.eustop.at und www.nfoe.at nachgelesen werden.

Weil wir aber Ihnen, liebe Leser nicht zu viel schwere Kost in den kommenden adventlichen Tagen zumuten wollen, haben wir uns im Redaktionsteam diesmal sehr bemüht – im Vergleich zu den vergangenen Ausgaben von *Neues aus Österreich* – viel Positives im Politik-Geschehen zu finden (Seiten 7 und 8).

Zum Schluss möchte ich Ihnen im Namen der Redaktion noch für Ihre Treue im abgelaufenen Jahr danken und, weil das Fest des Friedens und der Hoffnung nicht mehr weit ist, eine schöne Adventzeit wünschen, in der Vorfriede auf Weihnachten aufkommen kann.

Möge sich die Hoffnung auf ein gutes, neues Jahr 2014 erfüllen!

Ihr

Dipl.-Ing. Rudolf Pomaroli,
Bundesobmann

Für Österreich nachteilige Änderungen in der EU-Gesetzgebung

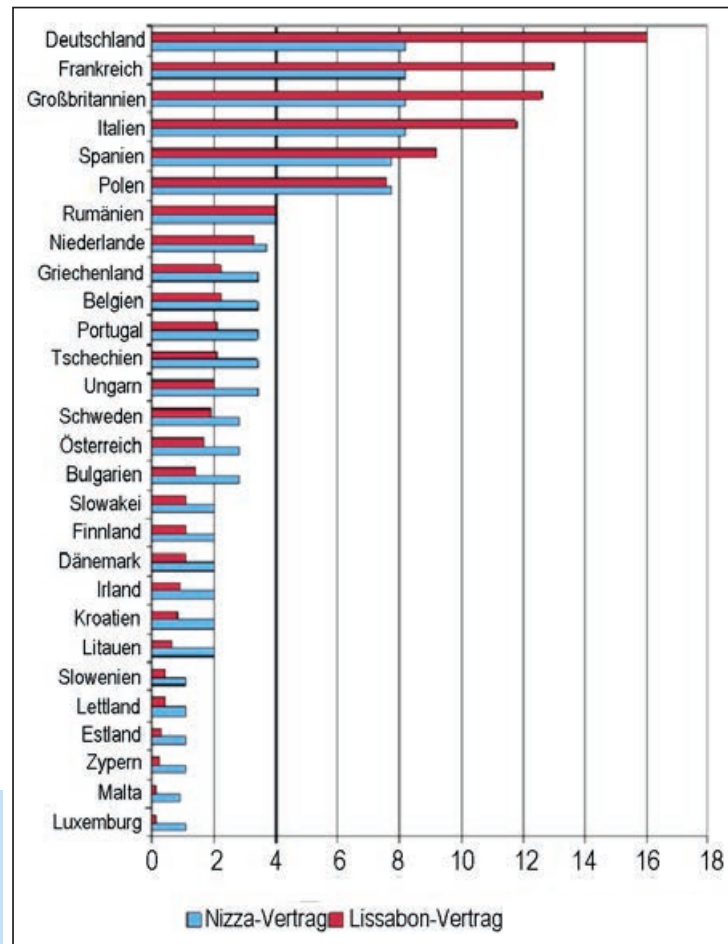
§ Ab dem 1. November gelten für den EU-Ministerrat nicht mehr die Abstimmungsregeln des Nizza-Vertrages, sondern die Lissabon-Regeln, die, kurz gesagt, **den großen Mitgliedsstaaten deutlich stärkere Gesetzgebungs- und Blockademacht** einräumen – zum Nachteil der kleineren Staaten, darunter auch Österreich (siehe Grafik).

Die neuen von der EU erlassenen Regeln zu Staatsschulden und Haushaltsdefiziten lassen Österreichs Wirtschaftsleistung (BIP) für 2013 auf einen Schlag um 9,5 Milliarden auf 322,6 Milliarden Euro anwachsen. Da die Beitragszahlungen in Prozenten vom BIP berechnet werden, steigt damit unser EU-Bruttobeitrag auf ca. 3,3 Milliarden Euro. Auf diese Weise holt sich die EU von den Nettozahlern gleich um ein paar Milliarden mehr.

Wegen der neuen Berechnungsmethoden, die nun auch scheinprivatisierte Staatsunternehmen in die Staatsschulden einbeziehen, wird Österreich voraussichtlich auch das von der EU-Kommission geforderte strukturelle Defizit nicht erreichen.

Quellen: www.people.ie und <http://pauljchapman.wordpress.com/2014/07/20/eu-continues-to-reduce-the-authority-of-the-state/>

Das Diagramm zeigt die Prozentsätze der Stimmgewichte aller EU-Länder nach der Nizza-Vertrags-Norm (blau) und nach der neuen Lissabon-Norm (rot). Basis sind die Bevölkerungszahlen von 2013. Grafik-Quelle: <http://blogs.lse.ac.uk>



Kaum im Amt und schon in einen Steuerskandal verwickelt

Luxemburgischer Regierungschef J.C. Juncker übervorteilt anscheinend ohne Skrupel alle anderen EU-Länder

Die richtige Standortwahl auch innerhalb der EU kann entscheidend dazu beitragen, so richtig toll Steuern zu sparen.

Recherchen des International Consortium of Investigative Journalists (ICIJ) haben ergeben, dass Luxemburg für Un-

ternehmen bis jetzt ein solches Pflaster war. Steuersätze von teilweise unter einem Prozent machten das möglich. Besonders pikant daran: Hauptverantwortlich für diese formal legale Steuerhinterziehung in außerordentlich großem Ausmaß auf Kosten des ehrlichen Steuerzahlers und der anderen EU-Länder, ist der erst vor kurzem eingesetzte EU-Kommissionspräsident J.-C. Juncker, der in diesem kleinen Land jahrelang Finanzminister und Regierungschef war.

Die Medien scheint dieser Skandal nicht allzu sehr zu beeindrucken. Und auch Komm.-Präsident Juncker hat offenbar nicht den politischen Anstand, sofort zurückzutreten.

Lehne es nicht ab, das Negative zur Kenntnis zu nehmen, weigere dich lediglich, dich ihm zu unterwerfen.

Norman Vincent Peale

Wie in der Ausgabe Nr. 46 von „Neues aus Österreich“ angekündigt, haben wir in Meiningen an der Schweizer Grenze den „Tag der Direkten Demokratie“ gefeiert. Unsere Flaschenpost-Aktion fand großen Anklang und wir hoffen immer noch, dass die Botschaft (nachfolgend) irgendwann gefunden und an uns zurückgeschickt wird.

Botschaft an alle Völker Europas und der Welt

Die Unterzeichner dieses Briefes rufen alle Völker Europas und der Welt auf, sich für den Frieden einzusetzen, solch einen Frieden, der auf Wahrheit und Gerechtigkeit aufbaut und nachhaltig ist. Als bewährtes Friedensinstrument soll die (militärische) Neutralität in allen Staaten Anwendung finden und gesetzlich verankert werden.

Die Unterzeichner dieses Schreibens empfehlen in gleicher Weise allen Völkern die Einführung der Direkten Demokratie nach Schweizer Muster, denn nur wenn das (davon betroffene) Volk über Kriegsabsichten in einer Abstimmung entscheiden kann, kann es sich dagegen aussprechen. Die Bürger sind gewillt, Verantwortung für ihr eigenes Leben und ebenso Mitverantwortung für die Gesellschaft zu übernehmen. Um einem Missbrauch der Direkten Demokratie vorzubeugen, müssen Politikern und Medien die übergeordneten demokratischen Regeln der Objektivität und Wahrheitstreue auferlegt werden. (21 Unterzeichner)

Meiningen in Vorarlberg, am „Tag der Direkten Demokratie“, 1. August 2014

Diese Botschaft schickte das „Neutrale Freie Österreich“ mit Hilfe von Flaschenpost im Rhein – in zehnfacher Ausfertigung – auf die Reise.



Dr. Fritz Danner aus Dornbirn wirft als Erster die Flaschenpost mit unübertroffenem Schwung in den Rhein.



Mehr Ehrlichkeit in der Asyldebatte

Grundsätzliche Überlegungen

Flüchtlingsströme brechen über Europa herein, Asylanträge vervielfachen sich innerhalb kurzer Zeit.

Nach der Zahl der Asylanträge in Relation zur Bevölkerung liegt Österreich nach Malta, Schweden und Luxemburg bereits an vierter Stelle. Diese Entwicklung ist entstanden, weil das Dublin-Abkommen nicht eingehalten wird, das die Registrierung und Antragsabwicklung von Asylwerbern im allerersten EU-Einwanderungsland vorsieht. Italien ist in dieser

Weise besonders nachlässig. Es weiß vermutlich, dass der EU-Kommission an der Einhaltung dieser Regelung wenig liegt. Kontrollen gibt es nicht.

Eine weitere Ursache liegt darin, dass die Regierungen in den Mitgliedsstaaten **Einwanderung entgegen den Interessen der Bevölkerung fördern** – freilich nicht offen – um den Bevölkerungsrückgang auszugleichen. In den meisten Fällen sind die Asylbewerber gar keine Flüchtlinge, werden aber auch nach Ablehnung ihrer Anträge nicht daran gehin-

dert, weiter im Land zu bleiben. Wo es kaum Sozialhilfe gibt, gibt es auch wenig Asylanten oder Wirtschaftsflüchtlinge. Spanien, Portugal, Estland, Lettland nehmen beispielsweise nur ein Zwanzigstel von Österreich auf, andere noch weniger.

Echte Flüchtlinge z.B. aus den syrischen Kriegsgebieten, haben selbstverständlich einen Anspruch auf Asyl. Allerdings ist ihr Anteil am gesamten Migrantengstrom nach Mitteleuropa verhältnismäßig gering.

Goldregen von der EU für das austrittswillige Großbritannien



170 Mrd. Euro Subvention für Atomkraftwerke

Aufgrund neuer EU-Regeln für Staatsschulden, Budgetdefizite und bestimmter Konjunktur-Definitionen soll Großbritannien bis 1. Dezember 2,1 Milliarden Euro Nachzahlungen an die EU leisten.

Nach lautem Protest der britischen Regierung wurden ihr sofort Teilzahlungen in Aussicht gestellt und es ist sehr wahrscheinlich, dass diese noch um die Hälfte reduziert werden.

Ob das nun stimmt oder nicht, spielt eigentlich keine große Rolle, denn die EU-Kommission hat nahezu gleichzeitig die Subvention des britischen AKWs Hinkley Point C mit insgesamt 19 Milliarden Euro (!) zugesichert und darüberhinaus Stützungsgelder für den Einspeisetarif **für die nächsten 35 Jahre bewilligt.**

Davon profitiert zu einem großen Teil auch der französische Energiekonzern EDF, der das Kernkraftwerk baut und betreibt. In Summe werden die Subventionszahlungen der EU (-Steuerzahler)

voraussichtlich 170 Milliarden Euro betragen!!

Dieser unverschämte Griff in die Steuerzahlertaschen aller Nettozahler müßte zumindest alle wahren Atomgegner in unserer Forderung solidarisieren und aktiv werden lassen: Raus aus EURATOM und aus der EU !

Ausnahmen vom Lissabon-Vertrag

Großbritannien hat sich klugerweise das Recht ausbedungen, aus Teilen

des Lissabon-Vertrages aussteigen zu können. Dieses Recht wurde nun vom britischen Parlament genützt, um über die Beibehaltung oder Aufkündigung von 133 EU-weiten Regeln der Innen- und

Justizpolitik, vor allem dem Europäischen Haftbefehl zu entscheiden.

Offenbar will Großbritannien die eigenen Bürger vor EU-Übergriffen schützen,

während Brüssel durch rechtliche Zugeständnisse und exorbitante Subventionen die schrittweise Ablösung des Britischen Königreichs vom EU-System zu verhindern versucht.

Diskussion um Konservierung von Eizellen

Priorität von Konzernen: Familie ist der Wirtschaft unterzuordnen

Facebook und Apple haben eine globale Debatte über die Vereinbarkeit von Beruf und Familie angestoßen. Die beiden globalen Großunternehmen fördern das Einfrieren von Eizellen „damit ihre Mitarbeiterinnen sich auch später den Kinderwunsch erfüllen können“.

Die Politik hat sich auch in Österreich dem angepasst und fördert den Trend zusätzlich noch. Single-Status, Patchwork-Familien, alternative Partnerschaftsmodelle, Homo-„Ehe“ werden aufgewertet. Klare Vorstellungen, was Familie überhaupt bedeutet, sind passé. So liest man im SPÖ-Grundsatzprogramm: „Wir verstehen unter Familie jede Form des dauernden Zusammenlebens in partnerschaftlicher und demokratischer Form,

die den einzelnen Mitgliedern dieser Gemeinschaft Solidarität, Anteilnahme und Schutz bietet.“ Und die Grünen erklären in ihrem Parteiprogramm: „Wir Grüne verstehen als Familie Menschen, die sich selbstbestimmt dazu entschlossen haben, eine gemeinsame Lebensplanung und -gestaltung zu verfolgen.“ Nebulos und verwirrend auch die Definition der ÖVP-Familienministerin: „Familie ist der Ort, an dem sich mehrere Menschen zu Hause fühlen.“

Für das „Neutrale Freie Österreich“ ist nicht jeder Ort und jede Form des Zusammenlebens eine Familie!

Familie ist die kleinste Gemeinschaft, das Fundament einer Gesellschaft. Sie besteht im Idealfall aus Mutter, Vater und ihrem Kind oder ihren Kindern. Bei Teilfamilien oder sog. Patchwork-Familien fehlt ein Eltern-

teil im Familien-Haushalt. Sie verdienen denselben Schutz und dieselbe gesellschaftliche Unterstützung, sollten jedoch nicht als Ideal angesehen werden. Kinder erhalten in einer intakten Familie das nötige Rüstzeug für ein gelungenes Leben: unbedingte Liebe, aus der die Bereitschaft entsteht, die eigene Leistung einzusetzen, auch für die Mitmenschen und die Gesellschaft.

Wenn im Wertekanon unserer Zeit die Botschaft verstärkt hinausposaunt wird, dass die Mütter möglichst nicht zu Hause bei ihren Kindern bleiben, sondern sich im Beruf „verwirklichen“ sollen, so hat das schwerwiegende Folgen. Ein optimales Familienleben wird dadurch sehr erschwert und im selben Ausmaß sinkt die Bereitschaft, Kinder in die Welt zu setzen.

Die Welt wird nicht durch Menschen zerstört, die Böses tun, sondern durch jene, die diese Leute beobachten und nichts dagegen unternehmen. Albert Einstein

Lesenswert – sehenswert – hörensenswert!

• **Der Presserat hat nicht nachvollziehbar entschieden**

Unsere Meinung zur jüngsten Ablehnung der Beschwerde beim Österreichischen Presserat, bezüglich der unfairen Berichterstattung zur EU-Wahl in den Bezirksblättern, kann hier nachgelesen werden. Mehr unter: www.nfoe.at

• **EZB macht Euro-Zone ohne Mitwirkung der Parlamente zu Schulden-Union**

Der CDU-Abgeordnete Peter Gauweiler kritisiert das Ankaufprogramm von Staatsanleihen durch die EZB. Die Stellungnahme von Gauweiler, vorgetragen von Professor Dietrich Murswiek hier im Wortlaut: <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2014/10/15/ezb-macht-euro-zone-ohne-mitwirkung-der-parlamente-zu-schulden-union/>

• **Putin ohne Maulkorb – Valdai Rede**

Auf der Jahreskonferenz in Sotschi (22 – 24.10.2014) Mehr unter: <https://www.youtube.com/>

• **Unabhängige Studie: TTIP vernichtet in Europa fast 600.000 Arbeitsplätze**

Bis 2025 würden in der EU durch den TTIP-Vertrag die Exporte, das Bruttoinlandsprodukt, Löhne und Steuereinnahmen zurückgehen. In den USA hingegen würden alle diese Kennzahlen steigen. Der einzige Profiteur in der EU wäre das Kapitalvermögen. Mehr unter: <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2014/11/14/unabhaengige-studie-ttip-vernichtet-in-europa-583-000-arbeitsplaetze/>

• **Entweder Griechenland oder Deutschland müssen aus dem Euro**

Der ehemalige Chefvolkswirt der Deutschen Bank, Thomas Mayer erwartet in diesem Interview eine Zunahme des Zentralismus und der Planwirtschaft in Europa. Einen Kurswechsel der Geldpolitik werde es erst geben, wenn der Bürger dies politisch erzwingt oder eine neue Krisenwelle das System endgültig zerstört. Mehr unter: <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2014/10/21/ex-deutsche-banker-entweder-griechenland-oder-deutschland-muessen-aus-dem-euro/>

Ukraine und EU schließen ein ungewöhnliches Assoziierungsabkommen

Russlands Reaktion darauf ist verständlich

Am 16. September hat das ukrainische Parlament das Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union angenommen. Praktisch gleichzeitig stimmte auch das EU-Parlament für das Abkommen, das im Zentrum des Streits mit Russland steht. Daraufhin kündigte Moskau an, seine Militärpräsenz auf der Krim-Halbinsel zu verstärken.

Russland sieht das Assoziierungsabkommen äußerst kritisch. Soviel findet sich in fast allen Medien. Was sie verschweigen: Dieses Assoziierungsabkommen mit der EU beinhaltet neben dem wirtschaftspolitischen Teil auch einen militärischen, z.B. § 3: Mehr Zusammenarbeit bei Kriegseinsätzen, gemeinsame Rüstungsprojekte usw. Darüber findet sich – auch im ORF – kein Wort, denn dann wäre die Reaktion Russland verständlich.

Strafen für Banken wegen Kursmanipulationen

Wie im November bekannt wurde, haben die nationalen Finanzmarkt-Aufsichtsbehörden in den USA, Großbritannien und der Schweiz sechs Großbanken wegen Devisenkurs-Manipulationen zu insge-

„Russlands Bodenschätze sind zu gewaltig, als dass sie den Russen alleine gehören dürfen.“

Madeleine Albright, Außenministerin unter Präsident Clinton

Das ist nach wie vor die Grundeinstellung des US-Imperiums gegenüber Russland und allen Ländern, wo es was zu holen gibt.

samt etwas mehr als 4 Milliarden Euro Bußgeld-Zahlungen verurteilt, gegen weitere wird ermittelt.

Immerhin werden am Devisenmarkt täglich um die 5,3 Billionen Dollar verschoben, so dass dort im Zuge von Manipulationen täglich mehrstellige Millionenbeträge ergaunert werden können.

Wenn man bedenkt, dass die Gewinne aus den vorangegangenen Manipulationen auf mindestens das Zehnfache des auferlegten Bußgeldes geschätzt werden, ist das ein profitables Geschäft.

In einer Mitteilung der UBS-Bank wurde festgestellt, dass die auf sie zukommenden Zahlungen vollumfänglich **durch Rückstellungen im dritten Quartal**

abgedeckt wurden. Offenbar haben sie dieses – begrenzte – Risiko bereits einberechnet. Zusätzlich wurde ihnen noch ein **30-prozentiger Rabatts auf das Bußgeld gewährt!** Man könnte fast den Eindruck gewinnen, es wurde ein „normales“ Geschäft und nicht ein internationales Finanzbetrugsverfahren abgewickelt.

(Quellen: nzz.ch, Börse vor Acht im ARD, contra-magazin.com)

Europäische Bürgerinitiativen sind der Willkür der EU-Kommission unterworfen

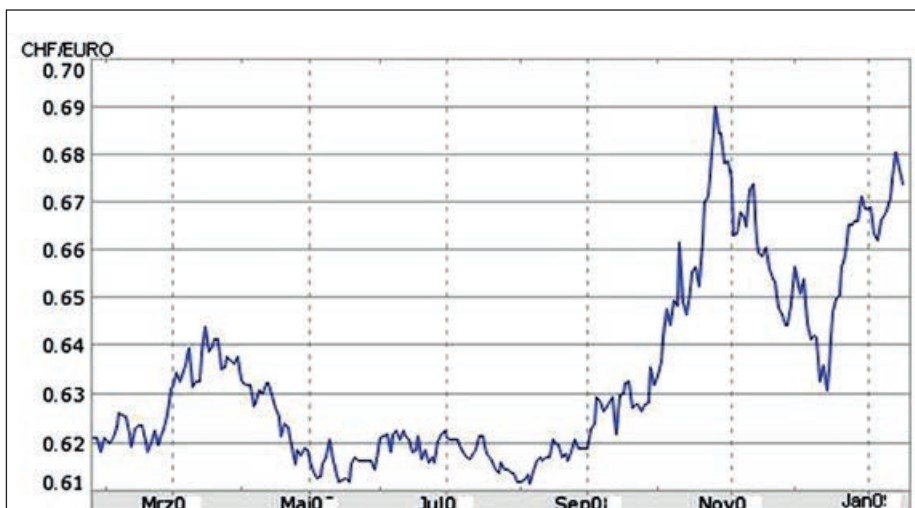
Obwohl Bürgerinitiativen auf EU-Ebene im Lissabon-Vertrag vorgesehen sind, wurde im Juni 2012 die Europäische Bürgerinitiative (EBI) „Meine Stimme gegen Atomkraft“ zurückgewiesen und im Sommer 2014 die Bürgerinitiative gegen TTIP.

Wenn es um wichtige Belange geht, beispielsweise Abkommen, die multinationale Konzerne durchsetzen wollen, weiß die EU-Kommission auf welcher Seite sie zu stehen hat.

Unverhältnismäßig hohe Staatsausgaben für Eigenwerbung von Regierung und Parteien

Bereits im Jahre 2011 wurde bekannt, dass sich der Aufwand für selbstbeweihräuchernde Inserate von Regierung, Ämtern und Parteien in div. österreichischen Medien auf jährlich 130 bis 200 Millionen Euro beläuft (Herausgeber / Verleger Eugen Russ und Hermann Petz). Das sind nach guter österreichischer Schilling-Währung 2,7 Milliarden!

Da würden wir als außerparlamentarische Opposition jetzt gerne wissen, ob diese horrenden Inseratenausgaben nach dem Inkrafttreten des Medientransparenzgesetzes 2012, in Sparzeiten wie diesen zurückgegangen oder vielleicht sogar noch gesteigert wurden.



Soche Wechselkursschwankungen, teilweise in Minuten-Intervallen und Zinsmanipulationen, ermöglichten Milliarden-Gewinne.

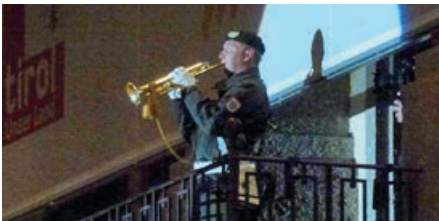
Symphaträger Militärmusik

Die Militärmusik leistet einen wichtigen Beitrag zum Kulturerhalt der österreichischen Blasmusiktradition.

Alle Musiker, welche ihre 14 Monate bei der Militärmusik im jeweiligen Bundesland abgedient haben, gehen als tragende Säulen zu ihren örtlichen Musikvereinen zurück, um dort als Kapellmeister, Obmann oder anderen wichtigen Funktionen zum Vereinsleben und zum Kulturleben Österreichs beizutragen.

Es kann nicht sein, dass unser Minister von Attraktivierung des Grundwehres spricht und trotzdem einen der umfangreichsten und interessantesten Dienste im Bundesheer abschaffen will. Helfen Sie mit, dieses wichtige Kulturgut altösterreichischer Tradition zu erhalten!

Peter Baalman, Frankenmarkt



Wie soll dieses Versprechen des Österr. Bundesheeres realisiert werden, wenn die finanziellen Mittel dafür bei weitem nicht reichen?

Krieg und Frieden

„Die Presse und die Waffenfabrikanten sind der Bazillus der Kriegserregung.“

Alfred Hermann Fried, 1864 – 1921, österreichischer Pazifist und Schriftsteller gab gemeinsam mit Bertha von Suttner die Zeitschrift „Die Waffen nieder!“ heraus. Schon damals war die kontrollierte Presse, die Propaganda verantwortlich für den Hass gegen andere Völker, den Nationalismus und die Kriegsbegeisterung.

Heute sind die gleichgeschaltete Presse und unsere Medien verantwortlich für die Verschleierung und die Verharmlosung der Kriegsvorbereitungen und der Machtkämpfe und Kriege des Westens, sowie die Ablenkung des Entertainments und die Übersättigung unserer Wohlstandsgesellschaft.

Bernd Friedmann, Traunkirchen

Todesstrafe und Abtreibung

Wir alle ächten die Todesstrafe. Das ist die allgemeine Überzeugung quer durch alle Bevölkerungsschichten. Erst recht ist es für einen Menschen christlichen Glaubens selbstverständlich: „Du sollst nicht töten“! In der Steiermark hat die SPÖ sogar das „Arnold Schwarzenegger Stadion“ umbenannt. Schwarzenegger hat als Gouverneur von Kalifornien Todesurteile unterzeichnet! Die SPÖ und allen voran ihre „Töchter“ haben sich vehement für Abtreibungskliniken in ganz Österreich eingesetzt. Dabei wurden sie von den Grünen unterstützt.

Der scheidende Gesundheitsminister Stöger hat das Fehlen dieser Abtreibungskliniken im Westen erst kürzlich reklamiert. Am 18. Oktober 2011 hat der Europäische Gerichtshof erstmals höchstrichterlich festgestellt, was selbstverständlich sein sollte, dass es sich ab dem Zeitpunkt der Verschmelzung von Ei- und Samenzelle um einen Menschen handelt. Also ist jede Abtreibung die Tötung eines unschuldigen, wehrlosen Menschen, ist das dann nicht Mord?

Die Gesinnung dieser Parteien, „unsere Kinder“ abzutreiben und nach fremdem Nachwuchs zu rufen ist verwerflich und wird sich noch rächen! Das Gebot der Stunde kann nur sein: durch psychologische und vor allem durch finanzielle Unterstützung dieser Frauen Abtreibungen drastisch zu reduzieren. Man kann dafür die Mittel verwenden, die nutzlos für „Integrationsmaßnahmen“ verlockt werden. Tolstoi hat schon gesagt: „So lange es Schlachthöfe gibt, wird es auch Schlachtfelder geben.“ Was würde er wohl zu Abtreibungskliniken sagen?

Alwin Häle, Muntlix

Spendable EU ?

Österreichische Medien trichtern den leichtgläubigen Staatsbürgern ein, wie großzügig die EU ist, weil sie den Österreichern bis 2020 fünf Milliarden Euro geben wird. Auf das kleine Zusatzwörtchen „zurück“ wird mit Absicht vergessen. Von 2015 bis 2020 (fünf Jahre) beträgt unser Beitrag, den wir an die EU abliefern müssen, nämlich genau 19 Milliarden. Ganze fünf Milliarden bekommen wir nach heftigem Betteln und Papierkram wieder

zurück! Ist das nicht ein Bombengeschäft für uns Steuerzahler? Die restlichen 14 Milliarden gehen an die Ukraine (Gasrechnung), an Griechenland, Portugal etc. pp. Die E(ntsorgungsanstalt) U(nfähiger) ist nicht nur höchst unehrlich, sondern auch bemerkenswert fehlgesteuert. Geh bitte, holt uns da raus, wir sind keine Stars, aber Steuerzahler!

Maria Klingler, Kirchdorf in Tirol

Demokratie war nie Ziel der Initiatoren der EU

Jean Monnet, einer der Gründungsväter der EU, sagte ganz offen:
„Ich hasse Demokratie!
Sie ist total unbequem.“

Und Jacques Delors, der frühere Präsident der EU-Kommission hat schon vor fast 20 Jahren formuliert:
„Wenn wir es demokratisch gemacht hätten, wären wir gar nicht so weit gekommen.“

Wie wird man „EU-Außenbeauftragte“?

Die Medien haben uns jetzt darüber informiert, welche Fähigkeiten die Italienerin Federica Mogherini als neue EU-Außenministerin mitbringt. Sie hat schön lackierte Fingernägel. Na, wenn das nicht reicht!? Ihre Direktiven bekommt sie ohnehin von der Wall Street.

Stephan Pestitschek, Strasshof

Konsequente Gewaltenteilung

Meiner Ansicht nach gibt es einen guten Weg, um das Dilemma zwischen Offenheit für Kleinparteien im Nationalrat und einer stabilen Regierung zu lösen: Die echte Gewaltenteilung Exekutive – Legislative! Der Nationalrat darf einfach nichts mit der Wahl der Regierung zu tun haben. Ebenso darf er die Regierung nicht mit Misstrauen kippen.

Die Wahl der Regierung muss von Volk, unabhängig vom Nationalrat, geschehen. Dann spielen Koalitionen keine Rolle mehr, Koalitionsstreit und Lähmung ist Vergangenheit. Dann gibt es kein Argument mehr für die 4%-Sperrklausel. Doch der Nationalrat bestimmt dann alleine, ohne Koalitionsgeplänkel, frei

über Gesetze und hat so schließlich mehr Macht als jetzt.

Die Regierung soll von Volk im Zuge der Bundespräsidentenwahl bestimmt werden, denn der Präsident ist das oberste Exekutivorgan. Die Exekutive sind die Spitzenbeamten des Landes. Ihr Job ist es nur und allein, den Beamtenapparat

zu führen, sonst nichts.

Der Nationalrat beschließt die Gesetze und gibt das Budget frei. Dort kann wieder frei im Plenum diskutiert werden, Klubzwanggeführtes Beschließen des Regierungswillens ist Vergangenheit.

Die falsche Verbandelung von Regierung und Nationalrat ist ein Konstrukt der

schon damals an der Macht befindlichen Parteien, um selbst mehr Macht im Griff zu haben und einen Parteienstaat zu etablieren.

Mitteilung von

Hannes Hausenbichler,

Männerpartei an alle Mitglieder der IG Faires Wahlrecht vom Nov. 2014)

Liebe Leserbriefschreiber! Für Ihre Stellungnahme danken wir Ihnen herzlich. Gleichzeitig bitten wir Sie um Verständnis, wenn wir aufgrund einer Vielzahl von Zuschriften nicht alle Leserbriefe abdrucken oder nur Auszüge aus Ihrem Schreiben bringen können und fallweise Kürzungen vornehmen müssen. Wir stellen fest, dass die hier veröffentlichten Leserbriefe nicht in allen Punkten mit unserer Meinung übereinstimmen müssen.

Positives, Erfreuliches, Nachahmenswertes...



Schweizer entscheiden über noch stärkere

Eindämmung der Zuwanderung, Pauschalbesteuerung und Goldreserven

Am 30. November entscheiden Volk und Stände (Kantone) über drei Volksinitiativen: die Ecopop-Initiative zur Begrenzung der Zuwanderung, die Initiative zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung und die Gold-Initiative.

Mit der Initiative „Stopp der Überbevölkerung – zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen“ kommt zum zweiten Mal in diesem Jahr ein Begehren zur Abstimmung, das die Zuwanderung betrifft. Der Verein Ecopop verlangt, dass sie auf 0,2 Prozent der ständigen Wohnbevölkerung beschränkt wird.

In diesem Jahr muss die kleine Schweiz voraussichtlich 80.000 Migranten bewältigen, ihre Zahl soll mit Hilfe dieses Volksentscheids auf 16.000 begrenzt werden. Die Bevölkerungsdichte muss im vernünftigen Rahmen bleiben, sonst sind viele Probleme, vom Ressourcenverbrauch bis zu gesellschaftlichen Spannungen, kaum mehr beherrschbar.

Die Volksinitiative „Schluss mit den Steuerprivilegien für Millionäre“ der Alternativen Linken (AL) will die Pauschalbesteuerung verbieten. Bis jetzt können vermögende Ausländer, die sich deswegen gern in der Schweiz ansiedeln, nach den Lebenshaltungskosten statt den Einkommensverhältnissen besteuert werden.

Mit der Initiative „Rettet unser Schweizer Gold“ („Gold-Initiative“) wollen SVP-Proponenten der Schweizerischen Nationalbank (SNB) strenge Regeln bezüglich der Goldreserven auferlegen. Die SNB soll mindestens 20 Prozent der Aktiva in Gold halten müssen.

Bei einer Annahme der Initiative dürfen die Goldreserven nicht mehr verkauft werden. Außerdem müsste alles Gold in der Schweiz bleiben. Heute lagern 70 Prozent der Goldreserven in der Schweiz und 30 Prozent in Grossbritannien sowie Kanada. (Quellen: blick.ch, 2.7.2014 und badische-zeitung.de und <http://www.schweizerzeit.ch/cms/index.php?page=/news/wem-gehoren-die-goldreserven-1983>)



Volksvermögen schützen!
Gold-Initiative JA

Signal gegen die Wegwerfgesellschaft

Überflüssiges Obst und Gemüse soll nicht verderben, sondern verschenkt werden. Teilen statt wegwerfen lautet das Motto in Flurling im Tiroler Oberland.

Wer in Flurling den Obst- oder Gemüseüberschuss unter die Leute bringen will, kann das im Rahmen einer Obstbörse machen. Teilen heißt die Devise.

Ein Überschuss von wertvollen Früchten wird in Flurling gegen einen symbolischen Beitrag oder auch gratis weitergegeben, nach dem Motto: lieber teilen statt verderben lassen – „eine Idee, die beispielgebend auch für andere Gemeinden sein könnte“, wie der Flurlinger Bürgermeister meint. Er unterstützt die Privatinitiative von Obstbauern im Dorf: „So war es früher, als Obst und Gemüse über den Gartenzaun gereicht wurden. Diese Aktion schafft neues Bewusstsein, es stärkt das Miteinander und die Produkte sind obendrein natürlich bio.“ (Quelle: Rundschau, 29.10.2014)

Uruguay und sein Präsident

Uruguay ist der kleinste spanischsprachige Staat in Südamerika und wird von José Alberto Mujica Cordano regiert. Der ungemein beliebte Präsident „El Pepe“ Mujica verdient zwar pro Monat 12.500 US-Dollar, spendet aber davon 90% an soziale Einrichtungen.



Arm fühlt er sich nicht, er empfindet das Fehlen von Besitz als Freiheit. „Ich bin nicht arm, viel mehr ist derjenige arm, der nur arbeitet, um ein aufwendiges Leben zu führen und stets nach noch mehr strebt.“

Ackerland gilt neuerdings als höchst lukrativ – auch in Uruguay. Spätestens seit der jüngsten Finanzkrise 2008 sichern sich vermehrt Investoren und private Fonds Land, um Profite zu erzielen. Aber auch Staaten bauen jenseits ihrer eigenen Grenzen Nahrungsmittel für die eigene Bevölkerung an und Unternehmen kaufen oder pachten in vielen Ländern des globalen Südens Ackerland zu Spottpreisen. Die Rechnung ist simpel: Eine anwachsende Weltbevölkerung, steigender Bedarf an Lebensmitteln, zunehmender Fleischkonsum in Schwellenländern und die Begrenztheit landwirtschaftlicher Anbauflächen, garantieren auf lange Sicht gute Profite im Agrarbereich.

Deshalb verbietet nun Uruguay den Verkauf von Land an ausländische Unternehmen. Am 3. Oktober 2014 verabschiedete das uruguayische Parlament ein Gesetz, das den Verkauf von Kulturgrund an ausländische Staaten sowie an direkt oder indirekt mit ihnen in Verbindung stehende Unternehmen unterbindet. Es dient dazu, die allgemeinen Interessen Uruguays zu wahren und die volle Staats- und Ernährungssouveränität sicherzustellen.

José Mujica erinnert uns an das Ideal eines Staatsführers. Seine Amtszeit geht (leider; Reda.) am 30. 3. 2015 zu Ende.

Quelle: latina-press.com

... und Österreich sollte auch diesen Weg beschreiten!



Bildquelle: EU-Austrittspartei, Urheber unbekannt

Salzburger Hauptbahnhof – einer der schönsten und sogar genau nach Plan fertiggestellt und budgetiert

Nicht nur die Verbindung von historischer Substanz und moderner Verkehrstechnik ist geglückt, es wurden auch die dafür vorgesehenen Kosten unterschritten. 270 Millionen waren vorgesehen, 250 Millionen Euro kostete der schöne Bahnhof dann exakt. Eine Seltenheit heutzutage.

Wenn bei Großprojekten Volksabstimmungen – wie in der Schweiz – abgehalten werden, dann sind Kostenüberschreitungen für öffentliche Projekte generell so gut wie unmöglich.

Die Völker Europas zeigen immer deutlicher ihren Willen zur Selbstbestimmung

Offenbar ist in Europa derzeit eine Entwicklung im Gange, die z.B. Russen in der Ostukraine, Katalanen in Spanien, Schotten in Großbritannien, auch Fla-

men in Belgien eine Fremdbestimmung durch eine ferne Zentrale immer mehr ablehnen lässt.

Gewinner dieser Entwicklung ist bereits die Demokratie. So wurde niemals

zuvor in Schottland und England so viel über Demokratie diskutiert wie anlässlich der Schottland-Volksabstimmung. Sie wurde auch äußerst fair abgewickelt. Schottland durfte selbst über die Abstimmungsfrage und den Abstimmungstermin entscheiden.

Alternativer Nobelpreis für NSA-Aufdecker Snowden

Zusammen mit dem Chefredakteur der britischen Tageszeitung „Guardian“, Alan Rusbridger erhielt der US-Geheimdienstaufdecker Edward Snowden in diesem Jahr den Alternativ-Nobelpreis der *Right Livelihood Award-Stiftung*, eine Auszeichnung, die auch Leopold Kohr („Small ist beautiful“) 1983 erhalten hat. Der frühere Mitarbeiter der National Security Agency (NSA) bekam diesen Preis, „weil er mit Mut und Kompetenz das beispiellose Ausmaß staatlicher Überwachung enthüllt hat, die grundlegende demokratische Prozesse und verfassungsmäßige Rechte verletzt.“ (Quelle: „Die Presse“, 9.2014)

VERANSTALTUNGEN & TERMINE

Monatstreffen NFÖ-Tirol

Landesgruppe „Neutrales Freies Österreich“ jeden 2. Donnerstag im Monat: 19 Uhr im Restaurant „Löwenhaus“ Innsbruck, Rennweg 5, Gäste willkommen.

Im Dezember „Adventfeier mit persönlicher Einladung; Infos unter Telefon 0699-10086924

NFÖ-Salzburg-Treffen

Landesgruppe „Neutrales Freies Österreich“ Freitag, 23. Jänner 2015, Beginn 19 Uhr im Gasthof „Kirchenwirt, Kirchenstraße 22 in 5020 Salzburg/Itzling, Infos unter Telefon (NFÖ-Büro) 0699-10086924 od. 0662-641009 (DI. Max Ortner)

NFÖ & EU-STOP-Stammtisch in Wien



jeden 3. Dienstag im Monat: ab 18 Uhr, im Cafe „Frey“, 1040 Wien, Favoritenstr. 44; Infos unter Telefon 0676-4065409, G. Grüner

Gespräch ohne Podium „Zur Lage der Eisenbahn“

Mittwoch, 14. Jänner 2015, Beginn: nach dem gemeinsamen Mittagessen beim Kalßwirt, Siebreithstr. 58 in Bad Aussee
Referent: Sylvester Leitner, BI
„Lebensraum Salzkammergut“ Thema: Der Güterverkehr im Salzkammergut – Ende offen.
Verantw.: BAG – Inneralpine Bahnlagen statt Transit-Schneisen, Anmeldung: 0676-4065409 oder Tel: 05472-6008



Wir bitten um Ihre Unterstützung

Wenn Sie, lieber Leser, verehrte Leserin, die Arbeit der NFÖ unterstützen wollen, so haben Sie viele Möglichkeiten. Kontaktieren Sie uns! Falls Sie beiliegend in unserem Nachrichtenblatt einen Erlagschein finden, so sehen Sie darin bitte keine versteckte Verpflichtung, wengleich wir offen gestehen, dass finanzielle Zuwendungen für unsere Arbeit gerade im Hinblick auf die hohen Druck- und Portokosten eine große Hilfe wären.

Wir erhalten keinen Cent aus Steuermitteln oder öffentlichen Fördertöpfen..

Allen unseren bisherigen Spendern sagen wir ein herzliches Dankeschön!

Bitte Adressenänderung frühzeitig bekannt geben. Teilen sie uns bitte, - wenn möglich - auch die Adressen von interessierten Bekannten mit. Danke!

Blattlinie: Für Neutralität, Direkte Demokratie und Souveränität, unter Beachtung der Gesetze der Republik Österreich. Fotos: privat.
Impressum: Verantwortlich für Inhalt u. Gestaltung: Bündnis *Neutrales Freies Österreich – NFÖ*, A-6010 Innsbruck, Postf. 110, Telefon: 0699-10086924, buendnis@nfoe.at - Bankverb.: Volksbank, BIC: VBOEATWWINN, IBAN: AT31 4239 0000 0002 9637; Druck: Sterndruck, Fügen - DVR3000098